

German African Business Summit in Nairobi übertrifft alle Erwartungen

Der zweite German African Business Summit (GABS) fand im Februar 2017 in Nairobi statt. Mit über 500 Teilnehmern aus Deutschland und verschiedenen Delegationen aus unterschiedlichen afrikanischen Staaten war die Veranstaltung ein großer Erfolg. Die hohe politische Begleitung hat hierzu ihren Beitrag geleistet. So war das Bundeswirtschaftsministerium durch Bundesministerin Zypries, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Minister Müller, das Bundesministerium für Finanzen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Meister vertreten.

„Nach zwei schwächeren Jahren wird der afrikanische Kontinent mittel- bis langfristig wieder stärker wachsen“, zeigte sich der Vorsitzende der Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Heinz-Walter Große, zuversichtlich.

Chancen und Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent

In unterschiedlichen Diskussionsrunden diskutierten die Teilnehmer über die Chancen und Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent. Die Konferenz wurde dabei organisiert durch die Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), die partnerschaftlich vom BGA, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft getragen wird.

Unter der Regionalinitiative setzen sich die Träger gemeinsam für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Subsahara-Afrikas ein. Nach dem großen Erfolg des ersten GABS in Berlin im Jahr 2015, bot diese Fortsetzung, nun erstmals in Afrika veranstaltet, eine ideale Plattform für Entscheider aus Wirtschaft und Politik aus Deutschland sowie aus Subsahara-Afrika für einen intensiven Austausch und Dialog.

Die hochrangig besetzte Konferenz umfasste zum einen in mehreren Fachpanels interessante Vorträge und Diskussionen zu den Schwerpunkten regionaler Zusammenarbeit und Finanzierung, Start-Ups/ Innovation sowie zu beispielhaften

Erfolgsgeschichten in Afrika. Zum anderen bot sie aber auch bewusst die Gelegenheit zum intensiven Netzwerken, sei es im Rahmen der organisierten „Speed Datings“ am Rande der Konferenz oder zum eigenen Treffen im Umfeld der Konferenz.

Neben der Außenministerin Kenias nahmen zahlreiche weitere Minister unterschiedlicher Ressorts und aus unterschiedlichen Ländern Subsahara-Afrikas an der Konferenz teil.

Finanzierungspanel diskutierte politische Risiken

Im Finanzierungspanel stand klassischerweise die Absicherung von wirtschaftlichen und politischen Risiken bei der Diskussion genauso im Mittelpunkt wie die Frage nach Finanzierungsquellen für Investitionen oder aber Handelsgeschäften. Gemeinsam diskutieren Christiane Laibach, Mitglied der Geschäftsführung der DEG, Dr. Martina Höppner, Leiterin des Economic Research bei den Bundesdeckungen, George Otiene, CEO der African Trade Insurance, sowie Harold Leenen, Leiter des Afrikageschäfts der Deutschen Bank unter der Moderation von BGA-Geschäftsführer Gregor Wolf. Heike Bergmann, Mitglied der Geschäftsführung von Voith Hydro, hatte zuvor in einem Eingangsstatement in die Problematik eingeführt. Nicht nur der Wettbewerbsdruck aus China, sondern auch die Herausforderungen hinsichtlich Absicherungsmöglichkeiten, Laufzeiten und Volumina oder Garantiebedingungen wurden anschließend auch mit dem Publikum intensiv diskutiert.

Bundesminister Müller nutzte die Plattform, um die Idee eines Marschallplans mit Afrika vorzustellen. "Wir brauchen eine völlig neue Dimension der Zusammenarbeit mit Afrika. Wir wollen Reformpartnerschaften mit Reformchampions eingehen. Wer Korruption bekämpft, Steuersysteme aufbaut, in Bildung investiert und auf die Gleichberechtigung der Geschlechter setzt, kann mit mehr Unterstützung von uns rechnen. Entwicklungspolitik allein ist aber nicht die Lösung. Afrika braucht Jobs, die nur die Wirtschaft schaffen kann. Wertschöpfung vor Ort statt Ausbeutung. Die Chancen in Afrika sind riesig, gerade auch für die deutsche Wirtschaft."

Prinzipiell ist dieser Vorstoß zu begrüßen, jedoch bleibt abzuwarten, inwiefern diese Initiative nicht zu Lasten etablierter und erfolgreicher Projekte beispielsweise in der Förderung von Importen nach Deutschland münden wird.

[Gregor Wolf]


BGA AKTUELL

China verdrängt USA als wichtigsten Handelspartner

„Maßgeblich für das Zurückfallen der USA war ein nennenswerter Rückgang der US-Exporte nach Deutschland. Trotz einer ebenfalls leichten Abschwächung bei den deutschen Exporten über den Atlantik, bleiben die Vereinigten Staaten weiterhin wichtigster Absatzmarkt für deutsche Produkte. Das Zurückfallen der USA bei den addierten Handelswerten hat natürlich noch nichts mit dem sogenannten „Trump-Effekt“ zu tun. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass sich die Verunsicherung, die die Äußerungen und der Kurs des neuen US-Präsidenten geschaffen haben, negativ auf Handel und Investitionen auswirkt.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner anlässlich der Veröffentlichung von Daten des Statistischen Bundesamtes durch die Nachrichtenagentur Reuters zur Rangfolge der deutschen Handelspartner im Jahr 2016. Den Zahlen zufolge hat im Jahr 2016 China die Vereinigten Staaten von Amerika als wichtigsten Handelspartner Deutschlands überholt.

„Der Handel mit China hingegen ist bei den Importen, aber vor allem auch deutlich bei den Exporten gewachsen. Es ist wichtig für Deutschland, dass sich die Handelspolitik der EU nach dem Einfrieren der TTIP-Verhandlungen nun Asien aktiv zuwendet. Angesichts der protektionistischen Pläne des neuen US-Präsidenten kann damit gerechnet werden,

dass die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China in Zukunft noch weiter ausgebaut werden“, so Börner abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 24. Februar 2017

Autogas: BGA für gleiche Förderung vergleichbarer Energieträger

„Der beabsichtigte Wegfall der steuerlichen Förderung von Autogas ist völlig unverständlich. Eine sichere und breit aufgestellte Energieversorgung benötigt Planungssicherheit und Verlässlichkeit angesichts kostenintensiver Investitionen. Die steuerliche Förderung muss entsprechend dem energetisch vergleichbaren Erdgas bis 2026 fortgeführt werden.“ Dies erklärt BGA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Handke zu dem mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes geplanten Auslaufen der steuerlichen Förderung von Autogas zum Jahresende 2018.

„Die Entscheidung steht im krassen Gegensatz zum Wortlaut des Koalitionsvertrages zulasten eines mittelständisch geprägten Wirtschaftssektors“, so Handke weiter und weist auf die Koalitionsvereinbarung, in der CDU, CSU und SPD zugesagt hatten, die befristete Energiesteuerermäßigung für klimaschonendes Erdgas und Autogas zu verlängern.

„Während beim Autogas vieles privatwirtschaftlich auf den Weg gebracht wurde, um eine Versorgungsinfrastruktur in der Fläche aufzubauen, fehlt es an einem vergleichbaren Engagement bei Erdgas. Es kann nicht sein, dass eine Initiative, die auf einem guten Weg ist, für erste Erfolge bestraft, während Erdgas weiter gefördert wird. Die Potenziale beider Energieträger sind noch nicht ausgeschöpft und benötigen weiterhin der politischen Flankierung“, so Handke abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 3. März 2017

AUSSENWIRTSCHAFT

WTO Übereinkommen über Handelserleichterungen ist in Kraft getreten

Das WTO-Abkommen über Handelserleichterungen ist am 22. Februar 2017 in Kraft getreten. Es ist das erste multilaterale Handelsabkommen seit Gründung der Welthandelsor-

ganisation (WTO) im Jahr 1995. Tschad, Jordanien, Oman und Ruanda waren die entscheidenden Länder, deren Ratifizierungen die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 110 Ländern ermöglicht haben, damit das Abkommen offiziell Teil des multilateralen Vertragswerkes der WTO wird.

Ziel des Übereinkommens ist die Vereinfachung und Präzisierung internationaler Ein- und Ausfuhrverfahren, Zollformalitäten und Transitbestimmungen. Mehreren Studien zufolge können die Handelskosten durch Umsetzung des Übereinkommens bis zu 10 Prozent in Industrieländern gesenkt werden; in Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern sogar um bis zu 16 Prozent, mit entsprechend positiven Effekten auf Armutsreduzierung und Beschäftigung.

Entwicklungsländer und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder werden bei der Umsetzung des Abkommens unterstützt. Deutschland hat dazu gemeinsam mit anderen Industriestaaten und in Kooperation mit international tätigen Unternehmen eine „Globale Allianz für Handelserleichterungen“ gegründet. Diese bündelt die Ressourcen von Politik und Wirtschaft, um die Umsetzung des Abkommens in Entwicklungsländern voranzutreiben.

Da die Zusammenarbeit von Regierungen und Unternehmen bei der Umsetzung des WTO-Übereinkommens eine zentrale Bedeutung zukommt, bringt sich der BGA bei der deutschen „Nationalen Allianz für Handelserleichterungen“ ein und ist dort Teil des Steuerungsausschusses.

i Ansprechpartner: Marcus Schwenke, marcus.schwenke@bga.de,
Tel.: 030 5900 99 594

[Marcus Schwenke]

IPD bringt Bio-Produkte nach Deutschland

Das Import Promotion Desk (IPD) unterstützt Exporteure aus Entwicklungs- und Schwellenländern beim Import von Bio-Produkten in die EU. So präsentierten IPD-Partnerunternehmen aus Ägypten, Indonesien, Kirgistan, Nepal, Peru und Tunesien ihre Produkte auf der BIOFACH Messe in Nürnberg. Zu den Produkten gehörten unter anderem Olivenöle, Schwarzkümmelöl, Mandelöl und Traubenkernöl und Kaktusfeigenkernöl. Exporteure aus Nepal stellten unter anderem Kräuter und Gewürze aus Wildsammlung vor. „Die Erfahrung zeigt, die Nachfrage nach Bio-Produkten wächst in Deutschland und Europa und zugleich steckt in

den Entwicklungs- und Schwellenländern noch viel unentdecktes Potenzial“, erklärt Angie Martinez vom IPD. Das IPD unterstützte die Exporteure nicht nur bei der Vermittlung von B2B-Gesprächen, sondern bot auch Verkaufstrainings an. Außerdem vermittelte das IPD den Exporteuren Fachwissen. Frank Rumpke von Bioinspecta gab einen Überblick zu den EU-Verordnungen, die es bei der Einfuhr von Bio-Produkten zu berücksichtigen gilt. Zudem informierte er die Exporteure über neue EU-Regeln: Am 19. April 2017 wird ein neues System für elektronische Kontrollbescheinigungen für die Einfuhr biologischer Erzeugnisse in Kraft treten.

[Anna Peter]

EUROPA

Kontinuität bei Vorsitzenden der Ausschüsse des Europäischen Parlaments

Zur Hälfte der aktuellen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (2014 – 2019) haben die Abgeordneten die Vorsitzenden der 22 Parlamentsausschüsse neu gewählt. Meist wurden die Vorsitzenden bestätigt. Änderungen gab es lediglich beim Verkehrsausschuss, wo Michael Cramer (Grüne, Deutschland) als Vorsitzender von Karima Delli (Greens/EFA, Frankreich) abgelöst wurde. Beim Kulturausschuss übernahm Petra Kammerevert (Sozialdemokraten, Deutschland) den Vorsitz.

Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten übergab Elmar Brok (EVP, Deutschland), der dem Europäischen Parlament seit 37 Jahren angehört, den Vorsitz an David McAllister (EVP, Deutschland)

Zur Vorsitzenden der Konferenz der Ausschussvorsitzenden wurde die schwedische Liberale Cecilia Wikström gewählt. In dieser Position ist sie für die Koordinierung der Arbeit der Parlamentsausschüsse verantwortlich.

Die Arbeit der Ausschüsse des EP entspricht weitgehend die der nationalen Parlamente, wobei das Europäische Parlament noch nicht in allen Politikbereichen volles Mitentscheidungsrecht hat. Einem Ausschuss gehören 25 bis 73 ordentliche Mitglieder und noch einmal so viele stellvertretende Mitglieder an. Die politische Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht derjenigen des Plenums.

[Jan Eggert]

ARBEIT

Gebremste Dynamik der Erwerbstätigkeit im 4. Quartal 2016

Im vierten Quartal 2016 gab es nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,7 Millionen Erwerbstätige mit Arbeitsort in Deutschland. Im Vergleich zum vierten Quartal 2015 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 267 000 Personen oder 0,6 %. Damit stieg die Erwerbstätigkeit im vierten Quartal 2016 weiter, jedoch langsamer als in den Vorquartalen. Im ersten Quartal 2016 hatte die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich noch 1,3 % betragen, im zweiten Quartal 1,2 % und im dritten Quartal 0,8 %.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 16.02.2017

VERKEHR

Schlussantrag des EuGH: Fahrer dürfen ihre Ruhezeiten nicht im Fahrzeug verbringen

Lkw-Fahrer dürfen ihre wöchentliche Ruhezeit nach dem Schlussantrag des Generalstaatsanwalts am Europäischen Gerichtshof (EuGH) nicht im Fahrzeug verbringen. Hintergrund ist die Klage eines Transportunternehmens gegen den belgischen Staat. In Belgien ist es seit 2014 verboten die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit gemäß der EU-Verordnung im Fahrzeug zu verbringen. Während in der EU-Verordnung klar geregelt ist, dass tägliche Ruhezeiten und reduzierte wöchentliche Ruhezeiten in der LKW-Kabine verbracht werden dürfen, ist dies für die regelmäßigen wöchentlichen Ruhezeiten bisher innerhalb der EU-Staaten umstritten. Das Urteil des Gerichtshofs steht noch aus, zu meist wird aber den Schlussanträgen des Generalanwalts gefolgt.

[Meike Tilsner]

Bundesverkehrsministerium fördert Elektromobilität

Die Fachkonferenz "Elektromobilität vor Ort" des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) fand Mitte Februar 2017 statt. Schwerpunkt der Fachkonferenz war die Stärkung der Elektromobilität auf kommunaler Ebene. Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur,

bescheinigte den Förderprogrammen zur Elektromobilität eine anhaltend große Nachfrage. Das BMVI fördert die Elektromobilität vor Ort insbesondere mit der "Förderrichtlinie zur batterieelektrischen Elektromobilität". Dafür stehen bis 2019 jährlich mehr als 30 Millionen Euro bereit. Daneben wurde ein 300 Millionen Euro umfassendes Bundesprogramm Ladeinfrastruktur für die Kommunen vom BMVI aufgesetzt. Ziel ist der Aufbau von bundesweit 15.000 Ladestationen bis zum Jahr 2020.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Wenn Trumps Wahlsieg kein Weckruf ist für Europa, dann weiß ich nicht, was wir noch für Wecker brauchen!«

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister (CDU)

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg, Sarah Turan
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 7. März 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich